

Norbert Portz/
Uwe Lübking

Perspektiven kommunaler Sozialpolitik

Analysen
Forderungen

97

978

Herausgeber:
Deutscher
Städte- und
Gemeindebund

INHALTSÜBERSICHT

Vorwort	5
Einleitung	7
1. Allgemeine Ausgangslage	9
1.1 Dringender Handlungsbedarf erforderlich	9
1.2 Fortentwicklung des Sozialstaats	13
1.3 Vorgelagerte Sicherungs- und Finanzierungssysteme	16
2. Finanzielle Ausgangslage	21
2.1 Sozialhilfeleistungen	21
2.2 Jugendhilfekosten	25
3. Bundessozialhilfegesetz	26
3.1 Weiterentwicklung des Sozialhilferechts	26
3.2 Hilfen zum Lebensunterhalt, Regelsatzentwicklung und Anpassung an den Nettolohn	29
3.3 Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe	31
3.4 Freilassung von Erwerbseinkommen bei Sozialhilfeempfängern	33
3.5 Prospektive Pflegesätze	34
3.6 Leistungsmißbrauch	34
4. Pflegeversicherung	36
4.1 Inhalte und Leistungen	36
4.2 Finanzielle Auswirkungen auf die Kommunen	40
4.3 Besitzstandsregelung und Art. 51 Pflege-Versicherungsgesetz	44
4.4 Forderung an den Bundesgesetzgeber	45
4.5 Umsetzung des Pflege-Versicherungsgesetzes in den Ländern	46
4.6 Pflege-Versicherung und Kommunen	47
5. Kommunale Altenpolitik	49
6. Eingliederungshilfe	56
7. Schwangeren- und Familienhilfegesetz	60
8. Arbeitsmarktpolitik	62
8.1 Ausgangslage	62
8.2 Folgen der Arbeitslosigkeit	66
8.3 Arbeitsmarktpolitik ist Gemeinschaftsaufgabe	70
8.4 Keine Befristung der Arbeitslosenhilfe	72
8.5 Zusammenarbeit der Bundesanstalt für Arbeit mit Trägern der Sozialhilfe	73
8.6 Modell zur sozialverträglichen Arbeitnehmerüberlassung (START GmbH)	74
8.7 Kommunale Möglichkeiten im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik	75
8.8 Kommunale Forderungen	85

9. Wohnungsnot, Obdachlosigkeit	87
9.1 Allgemeine Auswirkungen	87
9.2 Gemeinschaftsaufgabe	88
9.3 Kommunale Möglichkeiten gegen Wohnungsnot und Obdachlosigkeit	89
9.4 Neukonzeption der Wohnungspolitik	93
9.5 Wohngeld	96
10. Asylbewerberleistungsgesetz, ausländische Flüchtlinge	98
10.1 Asylbewerber	98
10.2 Neuregelung des Asylbewerberleistungsgesetzes	98
10.3 Landesrechtliche Regelungen zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes	99
10.4 Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge	100
10.5 Unbegleitete Flüchtlingskinder	102
11. Aussiedler	104
12. Kinder- und Jugendhilfegesetz	106
12.1 Weiterentwicklung im Jugendhilfebereich	106
12.2 Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz	110
12.3 Kosten der Hilfen zur Erziehung	114
12.4 Sicherung und Förderung der Jugendarbeit	117
12.5 Zusammenwirken von Schule und Jugendhilfe im außerschulischen Bereich	117
13. Kommunale Familienpolitik	119
14. Kernforderungen des DStGB	124
Anlagen	128
Anlage 1 Leistungsabgrenzung SGB XI / BSHG	
Anlage 2 Stellungnahme zur Rolle und Bedeutung der Kommunen und Länder im Zuge der Umsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes	
Anlage 3 Koordination von Altenhilfe auf kommunaler Ebene	
Anlage 4 Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der beruflichen Qualifizierung und Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen auf Dauerarbeitsplätzen in sozialen Betrieben in Niedersachsen	
Anlage 5 Richtlinien zur Förderung der Eingliederung schwervermittelbarer Arbeitsloser durch Darlehn und Zuschüsse an Gesellschaften zur Arbeitnehmerüberlassung	
Anlage 6 Umfrage Mitgliedsverbände DStGB	
Anlage 7 Verteilung Spätaussiedler	
Anlage 8 Memorandum Kindergartenplatz	
Anlage 9 Gemeinsamer Aktionsplan: "Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz"	
Anlage 10 Vereinbarung der Spitzenverbände der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege über die gemeinsame Empfehlung an die Mitglieder zu einem Notprogramm zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz in Nordrhein-Westfalen	